

Winkler zu Haimbuchner: „Wer gegen Sanierungen, Kraftwerke und Europa kämpft, gefährdet Oberösterreichs Zukunft.“

SPÖ-OÖ-Chef kritisiert Anti-EU-Propaganda: Gemeinden brauchen Geld für Sanierungen statt blauer Empörungsshow

Linz. SPÖ-OÖ-Chef Martin Winkler kritisiert die neuerliche Anti-EU-Pressekonferenz von LH-Stellvertreter Manfred Haimbuchner scharf. Unter dem Titel „EU-Zwangssanierungen – Nächster Schlag für die heimische Wirtschaft“ wetterte Haimbuchner gemeinsam mit dem Salzburger FPÖ-Landesrat Martin Zauner gegen europäische Vorgaben. Für Winkler ist das der nächste politische Nebelwerfer der FPÖ.

„Haimbuchner steht mit dem Nebelwerfer vor der Baustelle: Er macht viel Rauch, aber keinen einzigen Vorschlag, wie Schulen, Kindergärten oder Gemeindegebäude moderner, günstiger und energieeffizienter werden sollen. Wer Europa ständig schlechtredet, schwächt nicht Brüssel, sondern den Wirtschaftsstandort Oberösterreich“, sagt Winkler.

Sanieren heißt investieren

Winkler stellt klar: Sanierungsvorgaben im Rahmen der EED-III-Richtlinie sind für Gemeinden eine zusätzliche Belastung. „Aber sie sind nicht nur Kostenfaktor, sondern auch Konjunkturprogramm für Bauwirtschaft und Baunebengewerbe in Oberösterreich“, so Winkler. Thermische Sanierungen, Photovoltaik und E-Ladeinfrastruktur seien wirtschaftlich klug: „Was heute investiert wird, senkt morgen Energiekosten. Gerade in Zeiten hoher Preise ist Energieeffizienz kein Luxus, sondern Standortpolitik.“

Besonders gefährlich sei, dass die FPÖ nicht nur gegen Sanierungen Stimmung mache, sondern auch Kraftwerksprojekte und den Ausbau erneuerbarer Energie blockiere. „Die FPÖ ist gegen Sanierungen, gegen neue Kraftwerke und gegen Fortschritt. Diese Haltung ist massiv gefährlich für die Zukunft Oberösterreichs: Wer jede Modernisierung verhindert, macht unser Land abhängig von teuren Energieimporten und schwächt Betriebe, Arbeitsplätze und Haushalte“, warnt Winkler.

Gemeinden entlasten statt EU beschimpfen

Das eigentliche Problem liege auch in Landhaus und nicht im EU-Parlament: Viele Gemeinden seien finanziell am Limit. „Haimbuchner muss nicht nach Brüssel zeigen. Er kann mit der ÖVP im eigenen Haus beginnen: Die Landesumlagen gehören auf den Bundesschnitt gesenkt. Das würde den Gemeinden über 200 Millionen Euro mehr Spielraum bringen“, fordert Winkler.

Scharfe Kritik übt Winkler auch an der ÖVP: „Wo ist die angebliche Europa-Partei, wenn der blaue Koalitionspartner Oberösterreichs Ansehen in Europa beschädigt? Stelzers Schweigen ist längst selbst ein Standortproblem.“

Für Winkler ist klar: Wer Energieeffizienz und erneuerbare Energie pauschal bekämpft, verlängert die Abhängigkeit von teuren Energieimporten – auch aus Staaten wie Russland. „Die FPÖ redet von Heimat, aber blockiert die Modernisierung des Landes. Oberösterreich braucht keine Anti-EU-Show, sondern leistbare Energie, starke Gemeinden und Investitionen in die Zukunft“, so Winkler.

Rückfragen: Klaus Schöngruber, 0664 8846 1863, klaus.schoengruber@spoe.at